



Niederschrift

56. Plenarsitzung des Gemeinderates
24. Oktober 2023, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

9.

Punkt 7 der Tagesordnung: Runder Tisch Antirassismus und Antidiskriminierung – Vorstellung des bisherigen Prozesses, des erarbeiteten Positionspapieres und Festlegung des weiteren Vorgehens

Vorlage: 2023/0886

Punkt 7.1 der Tagesordnung: Runder Tisch Antirassismus und Antidiskriminierung – Vorstellung des bisherigen Prozesses, des erarbeiteten Positionspapieres und Festlegung des weiteren Vorgehens

Ergänzungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2023/0886/1

Punkt 7.2 der Tagesordnung: Antisemitismus in Blick nehmen

Ergänzungsantrag: FW|FÜR

Vorlage: 2023/0886/2

Beschluss:

Folgender Beschluss wird nach Vorberatung im Kulturausschuss und im Integrationsausschuss gefasst, ergänzt durch den Ergänzungsantrag in Ziffer 3:

1. Der Gemeinderat nimmt das Positionspapier zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat bekennt sich zu den Leitprinzipien der kommunalen Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit.
3. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, unter Einbeziehung anderweitiger, sich bereits in der Umsetzung befindlicher oder beschlossener Orientierungspapiere wie der Fortschreibung des Karlsruher Integrationsplans, der Karlsruher Internationalisierungsstrategie, des 10-Punkte-Aktionsplans der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) und der Charta der Vielfalt die Umsetzbarkeit der Maßnahmen im Positionspapier zu prüfen.
4. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, Vorschläge zur künftigen Struktur und Ausstattung des Runden Tisches Antirassismus und Antidiskriminierung und zur Verortung der Antirassismus und – Antidiskriminierungsarbeit innerhalb der Verwaltung

zu erarbeiten und die vorgeschlagenen Maßnahmen in 2024/25 im Rahmen des vorgesehenen Budgets anzustoßen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (43 JA-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 7 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Kulturausschuss und Integrationsausschuss am 19. Oktober 2023.

Ich möchte mich vor Eintritt in die Diskussion einfach noch mal bei all denen bedanken, die hier an den bisherigen Runden Tischen teilgenommen haben. Das war eine ganz schöne Arbeit, und die haben auch richtig was geschafft. Es kamen auch immer wieder Menschen dazu und auch wieder andere. Ich habe das ja ein, zwei Mal auch begrüßen dürfen, und finde auch das Papier, das jetzt erstellt wurde, ist trotzdem nicht das Ergebnis einer relativ inkonsistenten Materialsammlung, sondern ich finde, einer sehr präzisen Formulierung von klaren Definitionen, Abgrenzungen und Vorgehensweisen. Das ist für einen Runden Tisch erst mal schon ein ganz gehöriges Stück Arbeit, diesen Weg hinzubekommen, und dafür einfach auch noch mal allen, die da aus der Verwaltung und von außerhalb dran beteiligt waren, ein ganz, ganz herzliches Dankeschön hier von unserer Seite.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Vielen Dank für die Beschlussvorlage. Wir bedanken uns beim Kulturamt und dem Büro für Integration für die Federführung des Runden Tisches und für die Erstellung des umfangreichen Positionspapiers. Besonderen Dank gilt dem enormen Engagement der unterschiedlichsten Teilnehmenden aus der Zivilgesellschaft, Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, stadtnahen Gesellschaften und Behörden. In einem beeindruckenden partizipativen Prozess ist es gelungen, 27 Ziele und 86 Maßnahmen zu entwickeln. Ein wichtiger Grundstein in Richtung diskriminierungsfreier Gesellschaft ist damit gelegt. Jetzt muss es darum gehen, das nächste Level zu erreichen. Es geht nun darum, ins Tun zu kommen, in die Umsetzung einzelner konkreter Handlungsempfehlungen im Rahmen einer gesamtstädtischen Vielfalt- bzw. Antidiskriminierungsstrategie. Dies muss insbesondere in einer angespannten Haushaltsslage fokussiert und pragmatisch sein. Welche Maßnahmen sind vorrangig umzusetzen, welche bereits vorhandenen müssten weiterentwickelt, welche könnten weitgehend kostenneutral umgesetzt werden. Wie erfolgreich die Umsetzung gelingen wird, wird maßgeblich davon abhängen, wie gut die in der Vergangenheit bereits getroffenen Commitments mit dem aktuellen Positionspapier abgestimmt und systematisch gebündelt werden können. Wir denken hier nicht nur an den Integrationsplan und die Internationalisierungsstrategie, sondern auch an weitere laufende Strategieprozesse mit dem 10-Punkte-Aktionsplan der ECCAR, der europäische Städtekoalition gegen Rassismus, der Karlsruhe als Mitglied seit 2007 verpflichtet ist. Dazu gehören aber auch seit heute zwingend die ergänzenden Verpflichtungen, die aus dem Beitritt zur Charta der Vielfalt resultieren. Der entsprechende Ergänzungsantrag wurde bereits positiv beantwortet. Insbesondere müssen dementsprechend auch die im allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz genannten sechs Vielfaltmerkmale stärker berücksichtigt werden. Für uns ist notwendig, dass die Verwaltung bei bestehenden bzw. zukünftigen Dialogformaten wie Runden Tischen darauf achtet, dass alle Diskriminierungsformen gleichermaßen in den Blick genommen werden. Was die Verortung in der Verwaltung betrifft, ist uns wichtig, dass die Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit als zentrale ämterübergreifende

Querschnittsaufgabe verstanden wird. Statt lediglich ein Amt in die Pflicht zu nehmen und diese komplexe Aufgabe an eine Stelle zu delegieren, müssen alle Ämter ihre je spezifischen Hausaufgaben machen und auf das Ziel hinarbeiten. Die koordinierende Stelle allerdings muss hierarchisch verortet werden und möglichst sichtbar sein. Nur so ist der Wirkungsgrad zu erreichen, der für dieses Thema dringend notwendig ist.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Rassismus und Diskriminierung sind in vielen Lebensbereichen bewusst oder unbewusst Realität. Deswegen ist es gut, dass wir vor zwei Jahren diesen Runden Tisch Antidiskriminierung und Antirassismus ins Leben gerufen haben, und das heutige Positionspapier hat ja eine tolle Ausstrahlungskraft in diese Stadtgesellschaft. Es ist nicht nur eine allgemein dargestellte Situation, sondern sie mündet ja dahingehend, dass konkrete Handlungsmaßnahmen und Empfehlungen vorhanden sind. Dafür sollten wir allen sehr dankbar sein, den Ämtern und vor allem auch den vielen Mitgliedern aus der Zivilgesellschaft, die sich hier eingebracht haben und die sicherlich entscheidend dazu beigetragen haben, durch ihre Vielfalt bei den Diskussionen, dass dieses Positionspapier so gut gelungen ist. Dieser Prozess muss allerdings weitergehen und muss vieles der guten Ideen und der guten Ziele, die jetzt in diesem Papier stehen, auch koordinieren und mit Priorisierung und mit Machbarkeit in diese Gesellschaft einbringen, so dass wir eine sicherlich nicht rassismusfreie oder diskriminierungsfreie, aber eine möglichst diskriminierungsarme und rassismusarme Stadt Karlsruhe bekommen. Ich danke noch mal allen, die da dran sich beteiligt haben und denke, dieser Prozess muss auch in Zukunft weitergehen.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Die Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und jede andere Form der Diskriminierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Besonders durch unsere deutsche Geschichte haben wir eine außergewöhnliche Verpflichtung, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung mit allen Kräften zu bekämpfen. Rassismus und Diskriminierung sind in jeder Form schrecklich. Besonders problematisch sind struktureller und institutioneller Rassismus und Diskriminierung, wie wir sie zum Beispiel auf dem Arbeits- und auf dem Wohnungsmarkt erleben. Strukturelle Probleme können nur durch strukturelles Vorgehen bekämpft werden. Deshalb ist unsere Fraktion sehr dankbar dafür, dass der Runde Tisch Antisemitismus und Antidiskriminierung dieses Positionspapier erarbeitet hat und damit einen wichtigen Auftakt zur strukturellen Bekämpfung dieser Probleme gemacht hat.

Rassismus und Diskriminierung begegnen uns im Alltag in ganz vielfältiger Art und Weise, und deswegen ist es wichtig, dass viele Menschen bei der Identifizierung und der Erstellung dieser Strategie zur Bekämpfung eingebunden wurden. Wir wissen, dass so groß angelegte Partizipationsprozesse oft sehr anstrengend sind, aber wir sehen bei diesem Papier, dass es sich wirklich gelohnt hat, diesen Weg zu gehen, und wir sind überzeugt davon, dass es der richtige Weg war und auch für die Zukunft ist. Wir danken, und da schließe ich mich natürlich all meinen Vorredner*innen an, den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und den ganz vielen Menschen aus der Zivilgesellschaft, die bei der Erstellung des Papiers mitgewirkt haben. Wir sehen es hier als ersten wichtigen Schritt, und wir wissen, dass viele weitere Schritte folgen müssen. Wir müssen uns konkret mit der Umsetzung des Papiers befassen und wir als Gemeinderat haben am Ende dann die Aufgabe, die dafür notwendigen Ressourcen freizumachen. Das ist eine große Aufgabe angesichts der Haushaltslage. Da gibt es nichts schönzureden, aber wir sehen es ähnlich wie den Klimaschutz, dass auch die Antirassismus und Antidiskriminierungsarbeit eine Daueraufgabe ist, die wir ständig bearbeiten müssen, bei der wir ständig gucken müssen, dass wir genug Ressourcen freimachen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Meine Fraktion freut sich, dass der Runde Tisch mit den vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern so gute Ergebnisse erbracht hat. Für uns ist wichtig, dass aber auch in Zukunft die Menschen aus der Zivilgesellschaft, die sich in diesem Bereich engagieren, weiterhin da miteinbezogen werden, dass man es nicht nur jetzt in der Verwaltung und in den staatlichen Strukturen lässt, die weitere Arbeit. Ich denke, es ist wichtig, dass, wie gesagt, die Leute, die viel dazu beigetragen haben, diese Stellungnahmen zu erarbeiten, dass die weiterhin miteinbezogen werden. Für uns ist ganz wichtig, das möchte ich auch noch mal erwähnen im Rückblick auf unsere Haushaltsrede, dass insbesondere im Bereich der Inklusion und der behinderten Menschen, dass die auch immer mitgedacht werden. Da habe ich manchmal den Eindruck, dass die doch oft dann etwas vergessen werden. Da wird aber meine Fraktion in Zukunft verstärkt drauf achten, dass die auch ganz in allen Bereichen miteinbezogen werden.

Stadträtin Böringer (FDP): Karlsruhe zeichnet sich doch durch eine beeindruckende Vielfalt aus. Menschen aus verschiedenen Ländern und auch Kulturen haben doch hier eine Heimat gefunden und tragen auch zur Buntheit der Stadt bei. Diese Vielfalt bereichert ja nicht nur das kulturelle Leben, sondern auch die kulinarische Szene. Also es gibt doch internationale Restaurants und Feste und Veranstaltungen, und die spiegeln auch die kulturelle Mischung wider und schaffen auch Begegnungsmöglichkeiten für alle. Also eine offene Stadtgesellschaft, in der jeder seinen Platz hat, das ist eigentlich ein wesentliches Merkmal von Karlsruhe. Die Stadt muss aber auch weiterhin eine lebenswerte und auch gerechte Stadt für alle bleiben.

Ich möchte ein Zitat aus der Präambel des Positionspapiers mal gerade wiedergeben. Alle Menschen profitieren von einer Umgebung, in der sie nicht diskriminiert werden und sich willkommen und sicher fühlen. Das ist das Positionspapier, das der Runde Tisch Antirassismus und Antidiskriminierung erarbeitet hat und die zweijährige Arbeit, das ist heute schon gewürdigt worden, dieses Runden Tisches, an der sich auch viele engagierte Personen aus der Zivilgesellschaft in einem ganz breiten Prozess beteiligt haben, das ist doch sehr zu würdigen. Wir danken jedenfalls für das besondere Engagement und auch die Entwicklung des sehr ausgearbeiteten Positionspapiers. Wenn wir in das aktuelle Weltgeschehen blicken, so müssen wir die Arbeit gegen Diskriminierung und auch Rassismus, Antirassismus, noch mehr in den Fokus rücken. Ich möchte noch eine ganz kurze Anmerkung machen. Das gesamtgesellschaftliche Thema bezieht sich natürlich auch auf die gesamte Verwaltung und vor allen Dingen auch auf unsere Gesellschaften, und darauf weist auch das Positionspapier hin. Da bitten wir, vielleicht das Engagement noch etwas zu erhöhen. Ich komme zum Schluss. Die Kosten sind ja budgetiert, die Arbeit ist aus unserer Sicht notwendiger denn je, und meine Fraktion und ich, wir stehen zu diesem Engagement und wünschen uns auch die besondere Beachtung der Ergebnisse des Positionspapiers.

Stadtrat Arslan (DIE LINKE.): Ich glaube, es wird auch schon betont, die Wichtigkeit des Themas konnte man in den politischen Diskussionen der letzten fünf Jahre auf der bundespolitischen Ebene, glaube ich, gut nachvollziehen. Wir haben viele Diskussionen auch hier geführt, wie wir das Thema machen können. Schon 2019 haben wir ja auch einen Aktionsplan verabschiedet, der dann später über den Runden Tisch in einen Prozess gegossen wurde, wie man ihn gesamtgesellschaftlich erarbeiten konnte, und ich glaube, angesichts dessen, was man sieht und auch an der gesamtdeutschen Geschichte der letzten 60, 70 Jahre, sieht man eigentlich, dass es kaum eine Epoche gab, wo dieses Thema nicht präsent

war, sei es der Hass gegenüber Geflüchteten, die Ablehnung gegenüber allem, was einem Konzept von Deutschtümelei nicht entsprochen hat, bis zu dessen, was wir heute mit Antisemitismus auf den Straßen sehen, ist das, glaube ich, klar, dass das eine Daueraufgabe ist. Gott sei Dank starten wir ja nicht bei null, sondern können vieles in dieser Stadt aufbauen, was sich über Jahre lang etabliert hat, und ich glaube, das ist das, was uns wichtig ist, dass es nicht nur darum geht, was wir gegen etwas tun können, sondern mit diesem Konzept auch einen Schritt dafür tun können, die zu stärken, die sich schon lange in diesem Bereich engagieren, dass wir die Multiplikator*innen stärken, dass wir hier diejenigen fördern und schützen, die sich engagieren, sich einstecken in der täglichen Praxis.

Es ist, glaube ich, uns allen klar, dass es nicht damit getan ist, eine Stelle irgendwo zu haben, sondern dass es darum geht, gesamtgesellschaftlich in allen Bereichen, sei es jetzt in der Schule, im beruflichen Alltag oder in der politischen Auseinandersetzung oder in der politischen Diskussion, dafür zu sorgen, dass Rassismus und Antisemitismus keinen Platz mehr haben, genauso wie jegliche Diskriminierung anderer Art. Was uns natürlich wichtig ist, ist, dass wir am Ende auch zu einem Prozess kommen müssen, zu sagen, was ist finanziell notwendig, was gibt es heute schon, was wir ja ähnlich beim Klimaschutz hatten, wo können wir Maßnahmen damit verbinden und gleichzeitig auch mit einfachen Maßnahmen viel bewirken. Sei es dass wir eine andere, stärkere Unterstützung der Beratungsstellen schaffen, dass wir besonders in den Schulen noch mal stärker dafür sensibilisieren, und ich glaube, das ist natürlich die Aufgabe der nächsten zwei Jahre, wie wir das in einen politischen konkreten Handlungsprozess setzen können. Auf jeden Fall auch von uns ein Dank an die vielen, die sich tagtäglich engagieren. Ich glaube wirklich, dass wir vieles weiterentwickeln können, und ich glaube, oder ich weiß es, dass es eine Stadt Karlsruhe nicht mit einer vielfältigen Stadtgesellschaft geben würde, so, wie sie heute ist, sondern wir alle nur darunter leiden würden, wenn sich diejenigen, die hier herkommen oder geboren sind oder auch andere Wurzeln der Herkunft haben, dass sie sich wohl fühlen. Nur so kann eine Stadt gedeihen.

Stadträtin Lorenz (FW/FÜR): Wir werden älter und bunter. Das ist normalerweise ein Satz, den ich im Zusammenhang mit Einzelhandel und Kaufverhalten bringe, aber er passt natürlich auch hervorragend hier zum Runden Tisch. Zwei Jahre Arbeit und über 200 Beteiligte, das ist schon eine Hausnummer, und es ist monetär fast nicht aufzuwiegen, wie breit gefächert die Perspektiven und Erfahrungen dort von den Beteiligten eingebracht worden sind. Dafür bedankt sich meine Fraktion recht herzlich. Im Gegensatz zum Kollegen Huber sehe ich eine doch bisschen Entspannung, was den Arbeitsmarkt betrifft. Da sind doch viele Arbeitgeber mittlerweile offener, was Arbeitskräfte und auch Fachkräfte mit Migrationshintergrund betrifft, aber das ist wohl auch mehr aus der Not heraus geboren. Genau wie Herr Huber beim Wohnungsmarkt sehe ich das genauso, wird es ein Thema bleiben, da der auch eben für die anderen sehr knapp ist. Es ist und bleibt ein dauerhafter Prozess, den wir sehr, sehr gerne unterstützen, und ich glaube, die aktuellen Entwicklungen führen uns vor Augen, dass wir nicht das eine oder andere Thema ein bisschen vernachlässigen dürfen und sagen, das ist jetzt schon lange her und das ist Geschichte von vor 50 Jahren, denn es poppt immer wieder auf. Deswegen bedanken wir uns auch bei der Verwaltung, dass sie unseren Ergänzungsantrag wohlwollend beschieden hat.

Stadtrat Schnell (AfD): Wir nehmen das Positionspapier zur Kenntnis und befürworten im Gesamten den erarbeiteten Maßnahmenkatalog. Beim Durchgehen des Positionspapiers stolperte ich jedoch bei der Definition von Rassismus über folgendes Statement. Zitat, in

Deutschland betrifft das nicht-weiße Menschen, jene, die als nicht deutsch, also vermeintlich nicht wirklich zugehörig, angesehen werden. Für uns liest sich das so, dass der Begriff Menschen anhand ihrer äußeren Merkmale definiert und sorgsam in Migranten und Bio-deutsche einteilt, in Nicht-Weiße und Weiße, wobei Opfer- und Täterrolle von vornerein klar zugewiesen sind. Meine Damen und Herren, Sie wissen ja über die Absage von Auftritten weißer Reggae-Musiker, weil diese Dreadlocks trugen und damit vermeintlich eine kulturelle Aneignung begangen. Sie kennen die abschätzigen Bezeichnungen für weiße Deutsche wie Kartoffeln oder Weißbrote, wie sie zum Beispiel Ferda Ataman, seit Juli Antidiskriminierungsbeauftragte der Bundesregierung, oder der Chef der Mission Lifeline, der im Afghanistan-Aufnahmeprogramm der Bundesregierung beteiligt ist, in diesem Sinne benutzt haben, was unter anderem auch von der CDU im Bundestag kritisiert wurde. Manche von Ihnen werden sich auch noch an das Transparent mit der Aufschrift White Lives Don't Matter erinnern, das bei einer Sitzung des Migrationsbeirates von den Zuschauerrängen hier im Bürgersaal entrollt wurde. Für uns befördert so etwas eine weitere Form von Rassismus, die ebenfalls nicht akzeptabel ist. Da darf der zitierte Satz aus dem Positionspapier so nicht Eingang in die Leitprinzipien der kommunalen Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit finden. Wir bitten hier um eine Klarstellung der Verwaltung. Was wir zudem im Positionspapier vermissen, ist eine Stellungnahme zum Antisemitismus, den Herr Huber in seinem Redebeitrag auch nannte. Gerade im Kontext der jüngsten Ereignisse, auch hier in Karlsruhe, muss unseres Erachtens diese Thematik unbedingt mit klaren Worten ebenfalls Berücksichtigung finden, aber wie ich gerade hörte, hat die Stadtverwaltung die Thematik ja wohlwollend aufgenommen. Denn ohne eine Zusicherung, dass dies geschieht, können wir der Vorlage jenseits des Punktes Kenntnisnahme nicht zustimmen. Dafür befürworten wir auch den Ergänzungsantrag der Freien Wähler.

Stadträtin Fenrich (pl.): Zu dem Thema haben wir jetzt vieles gehört, Richtiges zum Teil, Richtiges auch nur. Zuerst möchte ich mal meinen Dank aussprechen an all diejenigen, die an diesem Runden Tisch beteiligt waren. Das war sicherlich eine Mammutaufgabe. Ich bitte auch diese Akteure, die da zugange waren, auch um Verständnis, wenn ich jetzt doch ein paar kritische Anmerkungen machen muss. Ich habe zu dem Zweck mir mal dieses Papier angeschaut und habe mir nur einzelne Punkte, nicht alle, aber die mir wesentlich erschienen, habe ich herausgenommen und möchte die einfach hier mal vortragen. Da steht zum Beispiel, Rassismus ist und wird bei Polizei in der Arbeitsverwaltung und in der Gesundheitsversorgung eingebettet und reproduziert oder produziert. Also als ich diesen Satz gelesen habe, ist mir doch ein bisschen anders geworden, muss ich ganz ehrlich sagen. In dem Zusammenhang ist mir auch aufgefallen, dass im Migrationsbeirat, heute heißt es ja Integrationsausschuss, auch mal gefallen ist, zum Zeitpunkt, als das mit Racial Profiling gegen Schwarze ging, die Karlsruher Polizei müsste mal überprüft werden auf Racial Profiling. Um ganz ehrlich zu sein, und ich sage es jetzt ganz platt, da zieht es mir die Schuhe aus. Das kann es nicht sein. Die Leute, die hier in der Verwaltung arbeiten, die tun ihr Bestes. Wenn der eine oder andere Fall tatsächlich mal auftaucht, dann ist der zur Anzeige zu bringen, aber solche Statements in so einer Abhandlung zu lesen, ist für mich unerträglich. Ich gebe es ehrlich zu. Dann, eine offene Haltung wird angefordert, aber da möchte ich doch auch sagen, offene Haltung ist eine Gegenseitigkeit. Ich möchte nicht einerseits lesen vom weißen Mann, und andererseits lese ich dann von Verfolgten oder sich verfolgt Fühlenden, dass sie Nachteile hätten. Ich denke, gegenseitiger Respekt ist hier angebracht, und das sollten wir eigentlich auch leben. Ich habe das auch in der Haushaltsrede schon gesagt.

Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen werden gefordert. Das ist richtig, aber dazu gehört natürlich auch, dass man alle Seiten beachtet, und da rufe ich die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger auf, sehr, sehr aufmerksam zu sein, was hier noch kommen könnte oder kommen wird. Bei Bewerbungen habe ich gesehen, das soll diskriminierungsfrei sein, indem sich diskriminiert fühlende Individuen oder tatsächlich diskriminierte Individuen nicht in der ersten Runde herausfallen. Ja, wo sind wir denn? Geht es nicht mehr nach Leistung? Geht es jetzt wirklich nach Geschlecht oder Rasse oder sonst irgendwas? Für mich unerträglich. Bei Bewerbungen, das habe ich gesagt, eine einfache Sprache, das ist ein nächster Punkt, es soll eine einfache Sprache sein. Da bin ich auch dafür, aber dann muss man andererseits auch sagen, lassen wir doch bitte das Gendersternchen, denn das macht die Sprache nicht einfacher, sondern komplizierter, und vor allen Dingen stimmt die Grammatik nicht. Dann habe ich was gelesen zu Sozialmanager in Wohnquartieren, das wird einfach nicht zu leisten sein. Danke schön, danke, ich lehne diese Vorlage ab.

Der Vorsitzende: Gut, wir haben die beiden Ergänzungsanträge. Ich will noch mal erläutern, dass das Thema Antisemitismus ja schon im Kulturausschuss thematisiert worden ist und wir es dann auch auf der Seite 9, glaube ich, hinten aufgenommen haben. Wir werden aber auch die Vorschläge für den weiteren Prozess, also dass es in den entsprechenden Orientierungsfeldern noch mal aufgerufen wird, übernehmen. Insofern haben wir, und ich habe Sie so verstanden, Frau Stadträtin Lorenz, auch das soweit akzeptiert, und die Unterlagen, auf die Sie hingewiesen haben, vonseiten der Grünen, die würden wir Ihnen auch zusagen, dass wir die natürlich gerne mitaufnehmen.

Damit wären quasi die beiden Anträge Teil der Vorlage geworden, und die stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. Herr Stadtrat Schnell, Sie hatten noch um eine Klarstellung gebeten.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich hatte um eine Klarstellung seitens der Verwaltung gebeten zum Thema, Rassismus richtet sich primär gegen Nicht-Weiße, ob Sie das so in die Leitlinien der Stadt übernehmen möchten.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt die gerade nicht vorliegen, aber ich würde es Ihnen zusagen, dass wir diesen Punkt nicht weiterziehen in irgendwelche Programme oder Maßnahmen. Sie hatten noch einen zweiten Punkt angeführt, der aber, glaube ich, das war das mit dem Antisemitismus, das haben wir ja geklärt, okay. Der erste Punkt, Herr Schnell hatte etwas zitiert und hatte um Klarstellung gebeten, dass wir diese Perspektive nicht in weitere..., also hier steht es drin, und das ist auch okay. Ich glaube, es ist ein Zitat, wenn ich das richtig weiß, aber dass das von der Formulierung oder von der Betrachtung nicht in weitere Ausarbeitung von Programmen und ähnliches übernommen wird, das würde ich an der Stelle gerne zusagen. Die entsprechende Perspektive, ich will es mal so herum sagen, ich bekenne mich aber ausdrücklich dazu, das sage ich hier auch, dass die Perspektive der sogenannten Nicht-Weißen, dass sie immer aufgrund ihrer Äußerlichkeit in eine bestimmte Richtung benannt werden, Sie kennen ja diese Diskussion, dass das durchaus für mich nachvollziehbar auch das Bedürfnis auslöst, mal sehr pauschal, und damit natürlich ein Stück weit auch nicht in der Differenziertheit angemessen, von Weißen zu reden. Das, finde ich, ist ein nachvollziehbarer Schritt in dieser Diskussion. Ich würde aber die Anregung gerne aufnehmen, dass wir uns bei der weiteren Erarbeitung von Projekten und von Maßnahmen von dieser Benennung insgesamt lösen und immer im Grunde den Grundsatz vertreten, alle Menschen werden unabhängig ihrer, und Sie kennen die ganze Liste, weiter

entsprechend eben nicht unterschiedlich behandelt und damit aus diesem Ping-Pong-Spiel, People of Colour oder Schwarze oder Weiße oder wie auch immer, dass wir uns aus diesem Bild heraus lösen und es dann sozusagen positiv formulieren. Das ist aus meiner Sicht auch etwas, was sich nach so einer Beschäftigung mit Antirassismus und Antidiskriminierung auch automatisch ergibt.

Stadträtin Fahringer (pl.): Also ich glaube, jetzt ist ein bisschen die Verwirrung groß. Wenn ich Sie richtig verstehe, führt es jetzt nicht zu einer Änderung der Beschlussvorlage und auch nicht zu einer Änderung der Anlage. Das heißt, wenn Sie gestatten würden, würden wir jetzt dieses Vorliegende mit den geänderten zwei Anträgen zur Abstimmung stellen, und die Frage könnte ja dann wieder in die weitere Bearbeitung, bei der weiteren Bearbeitung dann diskutiert werden und jetzt nicht festgelegt werden.

Der Vorsitzende: Okay, also ich würde mich in Ihrem Sinne, wenn ich es richtig verstanden habe, ich habe es jetzt versucht wiederzugeben, würde ich mich dafür einsetzen, dass wir das in Zukunft positiv sehen. Das ist jetzt nicht Teil des Beschlusses. Insofern können Sie die weitere Entwicklung ja mit uns diskutieren. Das ist in Ordnung, okay.

Gut, damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung, vielen Dank. Das ist auch noch mal eine schöne Anerkennung der Arbeit, die in diesen verschiedenen Arbeitskreisen geleistet worden ist.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
7. November 2023